

# Der sächsische Erzähler,

## Tageblatt für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

### Amtsblatt

der Kgl. Amtshauptmannschaft, der Kgl. Schulinspektion und des Kgl. Hauptzollamtes zu Bautzen, sowie des Kgl. Amtsgerichts und des Stadtrates zu Bischofswerda.

Fernsprecher Nr. 22.

Haftungsbelegter Jahrgang.

Telegr.-Adr.: Amtsblatt.

Mit den wöchentlichen Beilagen: Jeden Mittwoch: **Belletristische Beilage**; jeden Freitag: **Der sächsische Landwirt**; jeden Sonntag: **Illustriertes Sonntagsblatt.**

Erscheint jeden Freitag Abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der drei wöchentlichen Beilagen bei Abholung vierteljährlich 1. 50 S., bei Zustellung ins Haus 1. 70 S., bei allen Postanstalten 1. 80 S. inklusive Bestellgeld. Einzelne Nummern kosten 10 S.

Bestellungen werden angenommen für Bischofswerda und Umgegend bei unserer Zeitungs-Redaktion, sowie in der Geschäftsstelle, Altmarkt 15, ebenso auch bei allen Postanstalten. Nummer der Zeitungsliste 6567. Schluß der Geschäftsstelle abends 8 Uhr.

Inserate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis vorm. 10 Uhr angenommen, größere und komplizierte Anzeigen tags vorher. Die viergespaltene Kopfzeile 12 S., die Restzeile 30 S. Geringster Inseratenbetrag 40 S. Für Rückzahlung unverlangt eingesandter Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Der bisherige Stadtbauamts

**Max Kurt Schuster**

ist heute als Rats- und Polizeiwachmeister der Stadt Bischofswerda in

Pflicht genommen worden.

Bischofswerda, am 16. Dezember 1910.

**Der Stadtrat.**

### Das Beneffe vom Tage.

Die Linienschiffe „Elsch“ und „Schwaben“ haben bei einer Kollision auf der Kieler Außenförde Beschädigungen erlitten. (Siehe Deutsches Reich.)

Bei dem Schiffbruch des Hamburger Dampfers „Palermo“ an der spanischen Küste sind die gesamte Mannschaft und die Passagiere, im ganzen 23 Personen, ertrunken. (Siehe Sonderbericht.)

Nach einer Rundgebung des Landeskulturrats für Böhmen sind in Österreich rund 500 000 Kinder an der Maul- und Klauenseuche erkrankt. (Siehe Österreich.)

Die Wahlen in England werden mit dem Siege der liberalen Regierungspartei enden. (Siehe Letzte Depeschen.)

### Lehren der Volkszählung.

Soweit das Ergebnis der Volkszählung vom 1. d. M. überhaupt Schlüsse auf die Entwicklung unseres Volkes zuließ, ist es, beeinflusst durch das Wachstum der meisten Großstädte, als Beweis für die fortschreitende Industrialisierung Deutschlands benutzt worden. Dieses Urteil wird aber nicht allgemein geteilt. Es wird festgestellt, daß das Wachstum der Städte sich jedenfalls verlangsamt. Die „D. Volksw.“ Korrespondenz“ schreibt darüber: „Bisher war der Zunahmestab unserer Großstädte etwa so, daß sie, abgesehen von Eingemeindungen, ihre Einwohnerzahlen in Zeiträumen von etwa 20 bis 25 Jahren verdoppelten, was einer Zunahme von 15 bis 20 Proz. für den 5jährigen Zählungsabschnitt entsprach. Damit scheint es vorbei zu sein, da nach den bisher vorliegenden Meldungen fast alle diejenigen Städte, die nicht als große Industrie-Mittelpunkte sich in besonders bedrohter Lage befinden, durchschnittlich nicht viel mehr als den mittleren natürlichen Zuwachs, der durch den Überschuß der Geburten über die Todesfälle entsteht und der für Deutschland bei den letzten vier Volkszählungsperioden je etwa 7 Proz. betrug, aufzuweisen haben. So betrug die Zunahme in Leipzig, München, Breslau, Köln, Hannover usw., also gerade den größten der Großstädte, durchgehend knapp 10 Proz., ein eigentlicher Wanderungsgewinn durch Zugzug war also nur mehr in bescheidenem Maße eingetreten. Hier und da erreichte sogar die Vermehrung noch nicht einmal den Reichsdurchschnitt, z. B. Stettin und Braunschweig je 5 Proz. und Elberfeld 4 Prozent. Hier ist also schon eine direkte Abwanderung zu verzeichnen, und zwar um so mehr, als die Städte wegen ihres günstigen Altersaufbaues im allgemeinen über den Reichsdurchschnitt hinausgehende Geburtenziffern aufzuweisen haben. Vereinzelt, wie in Mühlhausen i. G., fanden sogar direkte Verminderungen der Volkszahl statt, ein bisher bei Groß- und Mittelstädten un-

bekannter Vorgang. Fast unverändert stark war die Zunahme im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, dessen Großstädte Essen, Duisburg, Dortmund, Bochum, Welsenkirchen sämtlich Zuwachsziffern über 15 Proz. aufzuweisen hatten. Sicher ist bei dieser Sachlage schon jetzt, wenn auch die genauen Zahlen erst in einiger Zeit nachfolgen werden, daß dieses Mal auf dem platten Lande wenigstens ein erheblicher Teil des von ihm herbeigebachten Menschenüberschusses verblieben ist. Im ganzen stellen die Dinge also einen Befundungsprozeß dar; die Bevölkerungsbewegung folgt der Arbeitsgelegenheit. Der Zug nach der Großstadt, lange Zeit eine stehende Rubrik unserer Tageszeitungen, der nur zum Teil durch den Krieg nach Arbeit, zu einem weiteren Teil aber auch durch das Streben nach mühelosem Reichwerden, durch unklare Vorstellungen über die Verdienstmöglichkeiten innerhalb der Großstadt, und schließlich manchmal durch noch viel weniger löbliche Absichten in Bewegung gesetzt wurde, besteht in dieser Form, oder wenigstens in dem bisherigen Umfang nicht mehr.“

### Politische Uebersicht.

#### Deutsches Reich.

Eine Verkündung über das Arbeitskammergesetz hält die Soziale Praxis trotz des Widerstands, den die Regierungen gegen die vom Reichstag beschlossene Zulassung der Arbeitersekretäre erheben, für möglich. Das Blatt schreibt nämlich: „Der Staatssekretär des Innern, der, wie wir bestimmt wissen, das Gesetz durchaus retten möchte, hat ja selbst in seiner Rede am 7. d. M. angedeutet, daß man vielleicht später die Arbeitersekretäre als Mitglieder zulassen könne. In manchen Fällen aber, z. B. bei Einigungsverhandlungen, Tarifabschlüssen, wird die Kammer schon jetzt gar nicht umhin können, die Beamten der Berufsorganisationen zu den Beratungen zuzuziehen. Auch der Verzicht auf die Öffentlichkeit der Kammerverhandlungen könnte in Frage kommen. Vielleicht liegen hier Fingerzeige, wie aus der Sadgasse herauszukommen ist.“ Unseres Erachtens ganz und gar nicht. Der Gedanke an die Wählbarkeit von Beamten politischer Parteien zu Mitgliedern der Arbeitskammern sollte endlich fallen gelassen werden.

Entlastung der untersten vier Stufen der Einkommensteuer in Preußen. In maßgebenden Kreisen der preußischen Finanzpolitik wird gegenwärtig der Plan ernsthaft eremogen, die untersten vier Stufen der Einkommensteuer bis 1500 M von der Besteuerung zu entbinden. Man erklärt, daß der Steuerertrag dieser vier Stufen in allzu großem Mißverhältnis zur Anzahl der Steuerpflichtigen und zu den Kosten und Schwierigkeiten ihrer Veranlagung stehe. 1908 war nämlich das Verhältnis so, daß über vier Millionen Steuerpflichtige der untersten Stufen etwas mehr als 86 Millionen Mark Steuern aufbrachten, wogegen die übrigen Steuerpflichtigen rund 238

Millionen Mark zur Staatskasse zu liefern hatten. Die unteren vier Steuerstufen brachten also den siebenten Teil der Gesamtsteuer auf. Hierzu waren aber doppelt soviel Veranlagungen nötig, als für den Hauptertrag von 238 Millionen Mark.

Kollision der Linienschiffe „Elsch“ und „Schwaben“. Aus Kiel wird gemeldet: Als das Linien- und Artillerieschiff „Schwaben“ auf der Fahrt von Kiel nach Sonderburg die Kieler Außenförde passierte, stieß es in schwerem Nebel mit dem dort draußen übenden Linien Schiff „Elsch“ zusammen. Der Zusammenstoß konnte durch Ausweichmanöver beider Linienschiffe etwas abgeschwächt werden, war aber doch sehr heftig. Soweit bis jetzt feststeht, sind auf dem Linienschiff „Elsch“ zwei Geschütze gebrochen und auch die Außenhaut des Schiffes ist erheblich beschädigt worden. Auch „Schwaben“ hat ähnlichen Schaden davongetragen und soll ebenso wie „Elsch“ oberhalb der Wasserlinie ein Loch haben. „Schwaben“ ist sofort nach Kiel zurückgekehrt, um ins Dock zu gehen. — Eine spätere Meldung besagt: Die „Schwaben“ ist an Backbordseite und auf achtern beschädigt worden; auch die Backbordschraube hat Schaden gelitten. „Elsch“ ist am Steuerbord getroffen, hat aber weniger Schaden erlitten als „Schwaben“. Es heißt, daß zwei Geschütze gebrochen sein sollen. „Elsch“ wird wahrscheinlich im Dock VI Aufnahme finden; das Dock wird aber erst von dem Panzerkreuzer „Von der Tann“ geräumt werden müssen.

#### Oesterreich.

Die Maul- und Klauenseuche in Oesterreich. Der Landeskulturerrat für Böhmen stellt in einer Rundgebung fest, daß infolge der sich überaus schnell ausbreitenden Maul- und Klauenseuche in Oesterreich rund 500 000 Kinder, in Böhmen allein 80 000, erkrankt sind und protestiert daher gegen die Fleischeinfuhr aus Argentinien und die Vieheinfuhr aus Italien, Holland, Frankreich und anderen Ländern. Die Rundgebung fordert eine Entschädigung der Landwirte aus dem Staatsschatz für die ihnen aus der Maul- und Klauenseuche entstehenden Schäden.

#### Schweiz.

Zum schweizerischen Bundespräsidenten und damit zum Leiter der Auswärtigen Angelegenheiten der Schweiz für das Jahr 1911 ist der bisherige Vizepräsident Marc Ruchet (radikal) von der Bundesversammlung gewählt worden. Ruchet wurde 1853 in St. Saphorin (Kanton Waadt) am Genfer See geboren. Er studierte in Lausanne und Heidelberg Rechtswissenschaft; wurde 1887 Mitglied des Ständerats, 1894 Mitglied des Bundesrats. Dr. E. Forrer (radikal), der zum Vizepräsidenten des Bundesrats gewählt wurde, ist 1845 zu Jülikon (Thurgau) geboren. Er ist aber Bürger des Kantons Zürich und war ursprünglich Advokat. Von 1900 bis 1902 war er Direktor des internationalen Zentralamtes für den Eisenbahntransport. Seit 1903 ist er Mitglied des Bundesrats, und als solcher leitete er das Post- und Eisenbahndepartement. Zum